

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39  
Telex: 8 66 946 ppbn d  
Telefax: 21 08 64



## Inhalt

Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB hält Steuererhöhungen für unausweichlich, wenn die deutsche Einheit nicht überwiegend durch Kredite finanziert werden soll.

Seite 1

Norbert Gansel MdB spricht sich dafür aus, durch eine Grundgesetz-Änderung den Einsatz von Bundeswehreinheiten unter einem Oberkommando der UNO und bei friedenssichernden Missionen "unter dem Blauhelm" zu ermöglichen.

Seite 3

### Dokumentation

Aufruf des SPD-Präsidiums zum Antikriegstag.

Seite 5

45. Jahrgang / 167

31. August 1990

### Nicht zum Null-Tarif

Zur Diskussion um die Finanzierung der deutschen Einheit

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB

Mitglied des Finanz- und des Entwicklungsausschusses des Deutschen Bundestages

I.

Es war längst überfällig, was Oskar Lafontaine in seiner Rede vor dem Bundestag am 23. August 1990 und Gerhard Schröder in der Wirtschaftswoche am 31. August 1990 zur Finanzierung der Deutschen Einheit ausführten:

"Es war ein schwerer Fehler, zu sagen, niemand wird auf etwas verzichten müssen, denn dies entzieht dem Einigungsprozeß eine wesentliche Grundlage. Wenn niemand auf etwas verzichten muß, dann ist die Voraussetzung für solidarisches Verhalten entfallen...; denn Solidarität ist kein Lippenbekenntnis, sondern verlangt die Hilfe derjenigen, die geben können." (Lafontaine)

"Letztlich erwischen wir den Bund bei der Lüge, die Sanierung der DDR ließe sich aus dem Zuwachs des Steueraufkommens finanzieren. Ich sage: Ohne Steuererhöhungen geht es nicht." (Schröder)

Es ist wahr: Die Finanzierung der deutschen Einheit kann nicht allein über Kreditaufnahme und durch Haushaltseinsparungen bewältigt werden, sondern bedarf einer ausgewogenen Beteiligung aller Bürger sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik. Dazu bedarf es auch der Steuererhöhung.

II.

Die SPD muß sich endlich geschlossen hinter diese Linie stellen. Die Wahlen werden nicht jene gewinnen die den Bürgern vormachen, die deutsche Einheit verlange weder Opfer noch Solidarität und sogar damit wachsenden persönlichen Egoismus verstärken. Die Wahl werden die gewinnen, die dem Bürger endlich die Wahrheit sagen und ihm das Gefühl geben, daß sie das Land aus den Problemen heraus in die Zukunft führen können.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Versäuflicher Umweltschutz  
mit wertvollen Recycling-  
Kunststoff-Papier



III.

Die Finanzierung der deutschen Einheit hat nicht nur mit dem Volumen an Geld zu tun, das heute und morgen mobilisiert werden kann. Sie hängt auch mit der Legitimation für die Lastenverteilung zusammen (Schröder).

Dabei sind Steuererhöhungen neben anderen Finanzierungsmaßnahmen zwingend notwendig. Das weiß jeder. Wer etwas anderes sagt, dem wird keiner glauben. Leider würde allerdings der beste Zeitpunkt verpaßt, denn Anfang dieses Jahres wäre jeder bereit gewesen, einen Solidarbeitrag zu erbringen.

Es ist höchste Zeit, daß wenigstens die Sozialdemokraten jetzt diese echte Führungsaufgabe der Politik erkennen.

IV.

Eine vom Volumen her ausreichende und legitime Finanzierung der deutschen Einheit muß eine Mischung folgender Komponenten enthalten.

A. Kredtaufnahme

Sie ist auf ein solches Maß zu begrenzen, daß die Kosten der deutschen Einheit nicht einseitig auf unsere Kinder überwältigt werden (künftige Steuern für Zinsbelastungen) und zu einem quantitativen Wachstum zwingen, das die ökologische Zerstörung in Zukunft fortsetzt. Wir haben schon zu lange auf Kosten künftiger Generationen gelebt.

B. Haushaltseinsparungen

Sie müssen in weit stärkerem Maße als bisher erfolgen. Nur mit den Verteidigungsausgaben. Das genügt aber nicht. Wir müssen alle Etats konsequenter durchforsten.

C. Ausgewogene Steuererhöhungen

**SPITZENEINKOMMEN:** Statt Erhöhung des Spitzensteuersatzes (was volumenmäßig wenig bringt), sollten wir uns einsetzen für eine Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage (was mehr bringt).

Vergleich

Variante a): 1.000 TDM Bruttoeinkommen, davon zu versteuern 500 TDM. Spitzensteuersatz wird erhöht von 50 Prozent auf 55 Prozent. Der Steuerertrag steigt um 25 TDM.

Variante b): 1.000 TDM Bruttoeinkommen wie in Variante a). Durch Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zu versteuern 800 TDM. Bei gleichbleibendem Spitzensteuersatz von 50 Prozent steigt der Steuerertrag um 50 TDM.

Ergebnis: Variante b) bringt höhere Steuererträge, ist gerechter und führt zu geringeren Steuerwiderständen.

**MITTLERE EINKOMMEN:** Erhöhung der Steuersätze bei gleichzeitiger Erhöhung des Grundfreibetrages (zeitliche Begrenzung). Das entlastet die unteren Einkommenschichten und bringt per Saldo ein zusätzliches erhebliches Steuervolumen. Es entspricht den Grundsätzen von Gerechtigkeit, Solidarität und Leistungsfähigkeit.

**UNTERE EINKOMMEN:** Entlastung durch Grundsteuerfreibetrag und zielgruppengerechte Anpassung der Transferleistungen (Kindergeld, Wohngeld et cetera). Eine Mehrwertsteuererhöhung muß in diesem Einkommensbereich kompensiert werden und ist dann gerechtfertigt.

D. Bund-Länder-Verteilung

Das unwürdige Gerangel um die Frage, wer mehr, weniger oder nichts für die deutsche Einheit bezahlen muß, muß beendet werden.

Eine endgültige Verteilung ist erst festzulegen, wenn die mittelfristigen Kosten der deutschen Einheit übersehen werden können; wenn das Verhältnis zwischen Kreditfinanzierung, Haushaltskürzungen und Steuereinnahmen besser und gerecht fixiert werden kann und wenn die vergleichsweise Belastungsfähigkeit aller Länder überprüft ist.

Das alles ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt seriös noch nicht berechenbar. Das weiß auch jeder. Formulierbar sind heute allenfalls Ausgangspositionen und ungefähre Dimensionen. Deshalb dürfen mittelfristige Festlegungen heute nicht getroffen werden. Andernfalls muß mit Verwerfungen großen Ausmaßes gerechnet werden (sozial, ökologisch, international).

#### E. Bundesrepublik / DDR

Die so oft beschworenen Grundsätze der Solidarität und nationalen Verantwortung wurden bisher sträflich mißachtet. Die vierzig Jahre Kommando- und Mißwirtschaft in der DDR haben weder die Menschen in der Bundesrepublik noch in der DDR zu verantworten. Die Kosten, die wir heute und morgen dafür zu zahlen haben, dürfen nicht einseitig von denen getragen werden, die diese vierzig Jahre unter Diktatur und Mangel gelitten haben, sondern in erster Linie von jenen, die vierzig Jahre im Rahmen von Demokratie und Wohlstand leben konnten und deshalb heute leistungsfähig sind. Dabei muß allerdings gesehen werden, daß aufgrund der bestehenden Einkommens- und Vermögensverhältnisse in der Bundesrepublik viele Menschen auch bei uns sozial benachteiligt waren und sind.

Konsequenz: Aus Gründen der Gerechtigkeit, Solidarität und Leistungsfähigkeit müssen und können nur die guten und sehr guten Einkommenschichten in der Bundesrepublik die Kosten der deutschen Einheit bezahlen. Alles andere wäre nicht sozialdemokratisch. Die deutsche Einheit darf aber auch nicht zu Lasten unserer internationalen Verpflichtungen, vor allem in der Dritten Welt und in ganz Europa gehen.

Der Dilettantismus im Vollzug der deutschen Einheit muß endlich gestoppt werden. Das betrifft vor allem die Regierung, die nichts in der Schublade hatte (Willy Brandt). Abgeschwächt gilt das aber auch für uns. Was jetzt gefordert ist, um die ersten gesamtdeutschen Wahlen zu gewinnen und unserer historischen Verantwortung gerecht zu werden, sind nicht so sehr Schuldzuweisungen, kleinliches technokratisches Denken und kurze Sicht, sondern geschlossene Führung, mittelfristige politische Entwürfe, überlegene fachliche Kompetenz und ein historischer Blick.

(-/31.8.1990/st/ks)

\*\*\*\*\*

### **SPD Schleswig-Holstein für "Blauhelm"-Engagement**

**Zu einer Initiative, die der gewachsenen Verantwortung der UNO Rechnung trägt**

**Von Norbert Gansel MdB**

**Spltenkandidat der SPD Schleswig-Holstein bei der Bundestagswahl**

Als erster Landesverband der SPD hat sich nunmehr die schleswig-holsteinische SPD dafür ausgesprochen, durch eine Grundgesetz-Ergänzung den Einsatz von Bundeswehreinheiten unter einem Oberkommando der

UNO und bei friedenssichernden Missionen 'unter dem Blauhelm' zu ermöglichen. Nachdem der Landesparteitag vor einem Jahr einen solchen Vorschlag noch mit einer knappen Mehrheit abgelehnt hatte, fand eine erneute Initiative im Landesausschuß der schleswig-holsteinischen SPD nun eine große Mehrheit. Zugleich verlangte der Landesausschuß, daß bei der Überarbeitung des Grundgesetzes nach der Herstellung der deutschen Einheit das Verbot des Kriegswaffen- und Rüstungsexportes in der Verfassung geregelt werden müsse.

Über die schleswig-holsteinischen Initiativen wird auf dem ersten gesamtdeutschen Parteitag der SPD im Zusammenhang mit der Wahlplattform entschieden werden.

Mit unserer Initiative wollen wir der gestiegenen Verantwortung und Handlungsfähigkeit der UNO Rechnung tragen. Eine mit militärischen Machtmitteln ausgestattete Weltorganisation, die friedensgefährdende Krisenherde in der Dritten Welt eindämmen und dem Interventionismus der Großmächte vorbeugen kann, ist jetzt keine Utopie mehr. Auch die Deutschen werden dabei der gestiegenen Bedeutung und Verantwortung ihres gemeinsamen Staates gerecht werden müssen, ohne daß sie der Versuchung erliegen, sich zum Hilfspolizisten der Weltpolitik zu machen. Für Teile der Bundeswehr werden sich neue internationale Aufgaben ergeben, die restaurativen Vorstellungen von der Rückkehr zur nationalen Sicherheitsideologie entgegenwirken können.

Wir verbinden unsere Initiative mit der Forderung, das Verbot von Kriegswaffen und Rüstungswaren im Grundgesetz abzusichern. Die Mischung von legalen und kriminellen Rüstungsexporten in den Irak, insbesondere bei der Entwicklung von Giftgas und Raketen, hat zur Aufrüstung Saddam Husseins und zur explosiven Lage am Golf in schlimmer Weise beigetragen. Eine solche Entwicklung zur deutschen Rüstungsexportpolitik haben sich die Väter des Grundgesetzes nicht vorstellen können, die die Produktion von Kriegswaffen von einer Genehmigung der Bundesregierung abhängig machten. Daraus müssen in der Verfassung Konsequenzen gezogen werden.

Wenn es zu einem UNO-Einsatz deutscher Soldaten kommt, darf keine Situation entstehen, in der deutsche Soldaten auch noch auslöffen müssen, was deutsche Rüstungsexporteure eingebrockt haben.

Für ein totales Verbot des Rüstungsexports wird eine 2/3 Mehrheit im Bundestag und Bundesrat allerdings kaum erreichbar sein. Ein Kompromiß bietet der Vorschlag des 'Runden Tisches' der DDR für eine gesamtdeutsche Verfassung: Der Rüstungs- und Kriegswaffenexport könnte auf die Staaten begrenzt werden, die mit dem deutschen Staat durch ein Verteidigungsbündnis verbunden sind.

Eine solche Verfassungsregelung würde zugleich ein Vermächtnis der friedlichen Revolution der DDR einlösen und die Lehre aus einer friedensgefährdenden internationalen Krise ziehen, für die die deutsche Rüstungsindustrie eine Mitschuld trägt.

(-/31.8.1990/st/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Deutschland muß Vorreiter der Abrüstung werden**

Das SPD-Präsidium hat in einem Aufruf zum Antikriegstag den Abzug aller Massenvernichtungswaffen von deutschem Territorium verlangt. Wir dokumentieren den Aufruf im Wortlaut.

Die Konfrontation zwischen Ost und West ist beendet. Was vor wenigen Monaten noch undenkbar schien, ist eingetreten, die Teilung Deutschlands und Europas ist überwunden. Die Demokratiebewegung hat das alte Denken und den Eisernen Vorhang beseitigt. Für eine neue und dauerhafte europäische Friedensordnung ist der Weg frei.

Von deutschem Boden wird Frieden ausgehen. Dafür bürgen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Deutschland. Die Zeit der Militärblöcke und der Hochrüstung ist vorüber. Europa muß abrüsten, um dem Frieden in der Welt Zeichen der Hoffnung zu geben. Das sich vereinigende Deutschland hat aus geschichtlicher Verantwortung allen Grund, Vorreiter der Abrüstung zu sein. Alle neuen Großwaffenprojekte, wie der 'Jäger 90', müssen jetzt gestoppt werden. Ganz Deutschland muß atomwaffenfrei werden, die vorhandenen Massenvernichtungswaffen müssen unverzüglich und unwiderruflich von deutschem Boden verschwinden.

Jetzt rücken die Probleme und Konflikte in den Vordergrund, die allzu lange unbeachtet und vor allem ungelöst blieben. Das Elend in den Ländern der Dritten Welt, die gewaltige Verschuldung vieler Länder und der immer noch unkontrollierte Waffenhandel sind Ausgangspunkt neuer Bedrohungen. Das neue demokratische Europa muß Motor einer gerechten Weltwirtschafts- und Sozialordnung werden.

Im Nahen Osten ist durch den militärischen Überfall auf Kuwait eine bedrohliche Lage entstanden. In dieser Situation kommt es darauf an, den Vereinten Nationen bei der schwierigen Aufgabe der Durchsetzung internationalen Rechts und der Wahrung des Friedens jede erdenkliche Unterstützung zu geben.

Die SPD setzt sich dafür ein, daß bewährte Formen nicht-militärischer Streitregelungen genutzt werden: Wirtschaftliche Sanktionen müssen einhergehen mit humanitären Hilfen für die Zivilbevölkerung in der Region

sowie mit Wirtschaftshilfen für die von den Sanktionen am meisten betroffenen arabischen Nachbarländer des Irak.

Deutsche Firmen haben sich am Aufbau der irakischen Kriegsmaschine und an der Entwicklung und Produktion irakischen Giftgases beteiligt. Hieraus müssen dringlich Konsequenzen gezogen werden. Die Bundesregierung hat die Forderungen der SPD nach intensiveren Rüstungsexportkontrollen in den Wind geschlagen. Die Verantwortlichen müssen strafrechtlich verfolgt und die Lücken bei den Kontrollen unverzüglich geschlossen werden.

Noch dringlicher wird jetzt die völkerrechtliche Ächtung der Chemiewaffen und der Entwicklung und Erprobung neuer Atomwaffen. Die SPD setzt sich für einen unverzüglichen Abschluß eines weltweiten Chemiewaffenverbots und die Beendigung aller Atomwaffenversuche ein.

Die SPD sieht das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit für alle Europäer vor der Verwirklichung und setzt sich dafür ein, daß es über die Vereinten Nationen weltweit zur Geltung kommt. Die Geschichte dieses Jahrhunderts verpflichtet uns Deutsche, an der friedlichen Friedenssicherung der Völkergemeinschaft aktiv teilzunehmen und auf militärisches Eingreifen zu verzichten.

Die drastische Reduzierung der Rüstungsausgaben steht auf der Tagesordnung. Wir fordern, die freiwerdenden Gelder für Reformen in Europa und für die Beseitigung von Armut und Not und zur Verhinderung ökologischer Katastrophen in der Dritten Welt einzusetzen.

Das Präsidium der SPD unterstützt die Veranstaltungen des DGB zum Antikriegstag und ruft alle Mitglieder auf, sich daran zu beteiligen.

(-/31.8.1990/st/ks)

\*\*\*\*\*